

# BDS-Info.ch

BOYKOTT – DESINVESTITION – SANKTIONEN gegen Israel bis zum Ende von Apartheid und Besatzung in Palästina

## Palästinensische Boykottkampagne mit neuer Struktur

Seit im Juli 2005 der palästinensische Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) lanciert wurde, hat die Kampagne sowohl in Palästina als auch international an Breite und Bekanntheit gewonnen. Auf palästinensischer Seite wurde im Anschluss an die erste nationale Konferenz letzten Herbst eine neue Struktur beschlossen, das Nationale palästinensische BDS-Komitee (BNC), das viele wichtige palästinensische Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Flüchtlingskomitees, Menschenrechtsorganisationen, regionale Dachorganisationen, Nakba-Komitees, Berufsverbände und diverse Bewegungen umfasst. Seit letzten Herbst ist das BNC mit mehreren Vorschlägen und Initiativen für gemeinsame Kampagnen an die Öffentlichkeit getreten. Ein Beispiel ist der von über 100 europäischen Solidaritätsorganisationen unterzeichnete Aufruf zur Aufkündigung des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Israel. Eine weitere Initiative ist der Aufruf zur Unterstützung der Folgekonferenz der Antirassismuskonferenz der Vereinten Nationen, die im April 2009 in Genf stattfinden soll und für die das BNC ein gemeinsames Grundlagenpapier verfasst hat. Schliesslich wurde mit einer Website ein Kampagneninstrument geschaffen, das die Breite der Aktivitäten verdeutlicht und Hintergrundinformationen zu den verschiedenen Aspekten der BDS-Kampagne liefert. Damit erhält das BNC ein doppeltes Gewicht: als Ausdruck einer neuen Einheit fortschrittlicher Kräfte in der palästinensischen Gesellschaft, die eine Antwort auf die sich verschärfende wirtschaftliche, soziale und rechtliche Situation bietet und einen deutlichen Gegenakzent zur Korruption einer abgehobenen, desolaten politischen Führung setzt und damit auch für die Solidaritätsbewegungen weltweit zu einem wichtigen

Ansprechpartner wird. Zum anderen ist das BNC in der Lage, selbst zu formulieren, welche Form der Solidaritätsarbeit die palästinensische Seite von den internationalen Solidaritätsbewegungen erwartet, und Kriterien und Grundlagen dafür zu liefern, die auch an die Tradition anderer emanzipatorischer Bewegungen anschliesst.

Die Bedeutung der BDS-Kampagne liegt einerseits darin, dass sie auf der Grundlage internationaler rechtlicher Standards ein Instrument des zivilen Widerstands anbietet, mit dem Israel unter Druck gesetzt werden kann, solange es seine Politik der systematischen Diskriminierung und Vertreibung/Verdrängung der einheimischen arabischen Bevölkerung aus Palästina fortsetzt. Andererseits schliesst die Kampagne bewusst alle Teile des palästinensischen Volkes und ihre Forderungen und Bedürfnisse mit ein, also die Flüchtlinge, die mehrheitlich in den arabischen Nachbarländern leben und auf ihr unveräusserliches Recht auf Rückkehr pochen, die PalästinenserInnen, die unter der israelischen Besatzung im Westjordanland, im Gazastreifen und in Jerusalem leben und deren existenzielle Bedingungen zunehmend prekär werden, und die PalästinenserInnen mit israelischer Staatsbürgerschaft, die immer mehr als Feinde im eigenen Land behandelt und durch das Funktionieren des israelischen Staates systematisch diskriminiert werden.

Die BDS-Kampagne schlägt je nach Kontext und Möglichkeiten unterschiedliche Instrumente des Handels vor: Boykott von Produkten und Firmen, Sportveranstaltungen, Kulturinitiativen, wissenschaftlichen und akademischen Institutionen und Projekten etc., die direkt oder indirekt an der israelischen Unterdrückung der PalästinenserInnen beteiligt sind – eine Aktionsform, die vor allem für Basisorganisationen und Individuen in Frage kommt; sowie Sanktionen als politisches Druckmittel von Staaten und Desinvestitionen als finanzielles Druckmittel von Unternehmen, Kirchen und Institutionen, die Gelder in Israel angelegt haben.

Weitere Informationen und Hintergrundmaterial  
> [www.bds-info.ch](http://www.bds-info.ch) und > [www.bdsmovement.net](http://www.bdsmovement.net)

## Global BDS Movement

Boycott, Divestment and Sanctions for Palestine

[www.bdsmovement.net](http://www.bdsmovement.net)

## Internationales jüdisches antizionistisches Netzwerk für BDS

Anfang Oktober wurde das Internationale jüdische antizionistische Netzwerk IJAN offiziell begründet. Das Netzwerk setzt sich zum Ziel, die Rechte der PalästinenserInnen zu verteidigen. Es stellt sich in die Tradition fortschrittlicher Befreiungskämpfe und will gemeinsame internationale Kampagnen gegen den Zionismus als koloniales, rassistisches Projekt entwickeln. Die BDS-Kampagne stellt für IJAN, das seine konkrete Arbeit bewusst mit den palästinensischen PartnerInnen abstimmt, ein zentrales Instrument dar, dessen inhaltliche Ausrichtung das Netzwerk voll mitträgt.  
Infos und Charta > [www.ijsn.net](http://www.ijsn.net)

## Palestinian Unified Call for boycott • divestment • sanctions

"We call  
for boycotts  
divestment initiatives and  
embargoes and sanctions  
against Israel"  
July 9 2005

---

# Eine Antwort auf Einwände gegen die BDS-Kampagne

Omar Barghouti

Seit Lancierung der palästinensischen Boykottbewegung vor ein paar Jahren ist ein missliches Phänomen aufgetreten, auf das eingegangen werden muss. Einige seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten für ihre unermüdliche Palästina-Solidarität bekannte Organisationen haben sich entschieden gegen den Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) ausgesprochen, der am 9. Juli 2005 lanciert wurde, und dies aus verschiedenen Gründen. Im Folgenden möchte ich mich auf drei der wichtigsten Argumente konzentrieren.

## Boykott ist kontraproduktiv

Ist er das? Und an wem liegt es, das zu beurteilen? Ein Aufruf, den über 170 das gesamte Spektrum der palästinensischen Zivilgesellschaft unter Besatzung, in Israel und in der Diaspora vertretende palästinensische Parteien, Vereinigungen, NGOs und Netzwerke unterzeichnet haben, kann kaum „kontraproduktiv“ sein, es sei denn, die PalästinenserInnen wären zu wenig rational oder intelligent, um zu wissen oder auszusprechen, was in ihrem Interesse liegt. Dieses Argument riecht nach Paternalismus und verrät eine koloniale Haltung, die wir im liberalen Europa überwunden glaubten oder hofften.

Pragmatisch ausgedrückt, hat sich der BDS-Prozess über die vergangenen Jahre als eine der wirksamsten Formen von zivilem, gewaltfreiem palästinensischem Widerstand gegen das israelische Kolonial- und Apartheidregime erwiesen. Allein die Breite und Tiefe der Unterstützung, die dieser Aufruf unter grösseren Gewerkschaften, Hochschulverbänden, Kirchengruppen und anderen Basisorganisationen in Südafrika, Grossbritannien, Irland, Kanada, Norwegen, Schweden, um nur einige zu nennen, und sogar in den USA erfahren hat, zeugen von der Wirksamkeit und dem enormen Potenzial dieser Kampagne des Widerstands gegen die israelische Ungerechtigkeit. Erstmals seit Jahrzehnten haben viele Bewegungen, die sich beispielsweise in Europa in Demonstrationen, öffentlichen Aufrufen und – meist nur am Rande – Medienarbeit für einen gerechten Frieden in Palästina einsetzen, einen Prozess entdeckt, zu dem sie aktiv und wirkungsvoll beitragen können und der vor Ort konkrete Ergebnisse hervorbringen kann, wie zuvor im Kampf gegen das Apartheidregime in Südafrika. Gemessen an den bisherigen Ergebnissen und dem, was uns unsere südafrikanischen MitstreiterInnen immer wieder sagen, breitet sich unsere BDS-Kampagne wesentlich schneller aus, als dies bei Südafrika je der Fall war.

## BDS untergräbt die israelische „Friedens“-Bewegung?

Welche israelische Friedensbewegung? Etwas Derartiges gibt es nicht. Die Arbeit der sogenannten Friedensgruppen in Israel läuft weitestgehend darauf hinaus, die israelische Unterdrückung gegen die PalästinenserInnen eher zu verbessern als zu überwinden. Denn ihr Hauptziel besteht darin, die Zukunft Israels als „jüdischem“, also exklusivem Staat zu sichern. Auch die radikalsten „linkszionistischen“ Gruppen in Israel sind noch zionistisch und halten an den rassistischen Prinzipien des Zionismus fest, der die einheimischen PalästinenserInnen als geringere Menschen ansieht, die ein Hindernis oder eine „demografische Ge-

fahr“ darstellen, die es zu konfrontieren gilt. Sie sind insbesondere gegen das von den Vereinten Nationen unterstützte Recht auf Rückkehr der während der Nakba und seither ethnischen hinaus„gesäuberten“ Flüchtlinge in ihre Häuser und auf ihr Land, einfach weil sie die „Falschen“ sind. Diese Gruppen stellen sich auch dagegen, die einmalige Form von Apartheid zu beenden, die im gesamten israelischen Staat verherrscht, wo „nichtjüdische“ StaatsbürgerInnen durch ein jahrzehntelanges System gesetzlich verankerter rassistischer Diskriminierung als zweitklassige BürgerInnen behandelt werden, die nicht denselben Zugang zu allen Rechten geniessen wie die jüdischen BürgerInnen. Wenn dies die israelische „Friedens“-Bewegung ist, dann sollte keine gewissenhafte Person betrübt darüber sein, sie zu untergraben!

Wer behauptet, dass die „meisten“ Israelis nichts von den Verbrechen der Besatzung wissen und man mit ihnen sprechen müsse, anstatt sie zu boykottieren, geht nicht nur von einer falschen Annahme aus, sondern zieht auch falsche Schlussfolgerungen. Die meisten Israelis dienen im Rahmen der obligatorischen Wehrpflicht ohne Bedenken oder moralische Skrupel gehorsam in der Besatzungsarmee. Sie kennen daher die Verbrechen der Besatzung aus erster Hand, da sie entweder direkt daran beteiligt sind oder stillschweigend zusehen und sie so mittragen.

Zudem hat sich der palästinensische BDS-Aufruf nie als umfassender Boykott gegen individuelle Israelis verstanden. Er zielt von seinem Wesen her konsequent auf Institutionen, also auf alle israelischen akademischen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen, gerade weil sie mitverantwortlich sind für die Aufrechterhaltung der Besatzung und anderer Formen rassistischer und kolonialer Unterdrückung gegen die einheimische palästinensische Bevölkerung.

Und schliesslich war das „Reden“ mit Israelis, wie es die florierenden Dialoggruppen der „Friedens“-Industrie praktizieren, nicht nur irreführend und den Bemühungen um einen gerechten Frieden abträglich, da es den falschen Eindruck vermittelt hat, die Koexistenz sei trotz der zionistischen Unterdrückung möglich. Zudem sind diese Ansätze völlig darin gescheitert, die öffentliche Meinung in Israel irgendwie positiv dahingehend zu beeinflussen, dass Gerechtigkeit als eine Bedingung für Frieden unterstützt würde. Die israelisch-jüdische Öffentlichkeit driftet unaufhaltsam in die gefährliche Richtung einer fanatischen Rechten, mit einer wachsenden Mehrheit, die faschistische Lösungen wie die ethnische „Säuberung“ der verbliebenen palästinensischen Bevölkerung befürwortet – im Jargon des israelischen Mainstreams beschönigend „Transfer“ genannt.

Dialog und ein gemeinsamer palästinensisch-israelischer Kampf können nur dort berechtigt und konstruktiv sein und einem gerechten Frieden dienen, wo sie sich gegen die Besatzung und andere Formen von Unterdrückung richten und auf das Völkerrecht sowie grundlegende Menschenrechte und politische Rechte stützen, insbesondere unser unveräusserliches Selbstbestimmungsrecht.

Vor diesem Hintergrund können nur jene Israelis als wirkliche FriedensaktivistInnen bezeichnet werden, die unsere drei fundamentalen Rechte unterstützen: das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge, die volle Gleichstellung der palästinensischen BürgerInnen in Israel und das Ende des Besatzungs- und Kolonialregimes. Diese Kräfte sind unsere wirklichen PartnerInnen. Sie alle unterstützen verschiedene Formen von BDS, nicht nur aus Prinzip, sondern auch, weil sie verstanden haben, dass ein echter, dauerhafter Frieden und Sicherheit für alle niemals ohne Gerechtigkeit, Völkerrecht, universelle Menschenrechte und insbesondere Gleichberechtigung erreicht werden können.

Die BDS-Kampagne wird eine solche echte, auf Gerechtigkeit beruhende Friedensbewegung zweifellos stärken, in Israel und überall sonst.

Europäische Solidaritätsgruppen, die, anstatt sich vorrangig den Menschenrechten und dem Völkerrecht verpflichtet zu fühlen, bewusst zulassen, dass linkszionistische Personen und Bewegungen ihre Schwerpunkte bestimmen und sie davon wegführen, sich mit der palästinensischen Zivilgesellschaft abzustimmen und deren wirkliche Bedürfnisse zu verstehen, verdienen kaum die Bezeichnung „Solidarität“.

Andererseits sind für uns Gruppen, die aus taktischen Gründen nur Teile der BDS-Kampagne oder einen gezielten Boykott bestimmter israelfreundlicher oder israelischer Produkte oder Organisationen unterstützen, natürlich auch Partner. Boykott ist kein eindimensionaler Prozess, der für alle gleich aussehen muss. Er muss den jeweiligen spezifischen Umständen angepasst werden, um möglichst wirkungsvoll zu sein. Dabei ist allerdings wichtig, sich darüber zu einigen, warum wir boykottieren und mit welchem Ziel. BDS ist ein Ansatz, der sich auf das internationale Recht stützt und klare Ziele verfolgt, die für alle Gruppen in Solidarität mit Palästina den gemeinsamen Nenner bilden sollten. Die Beendigung der drei Hauptformen von israelischer Ungerechtigkeit und die Verteidigung der entsprechenden palästinensischen Rechte sind Grundvoraussetzungen, damit diese internationale Kampagne wirksam sein und auf die dringlichen Bedürfnisse und Erwartungen der palästinensischen Zivilgesellschaft antworten kann.

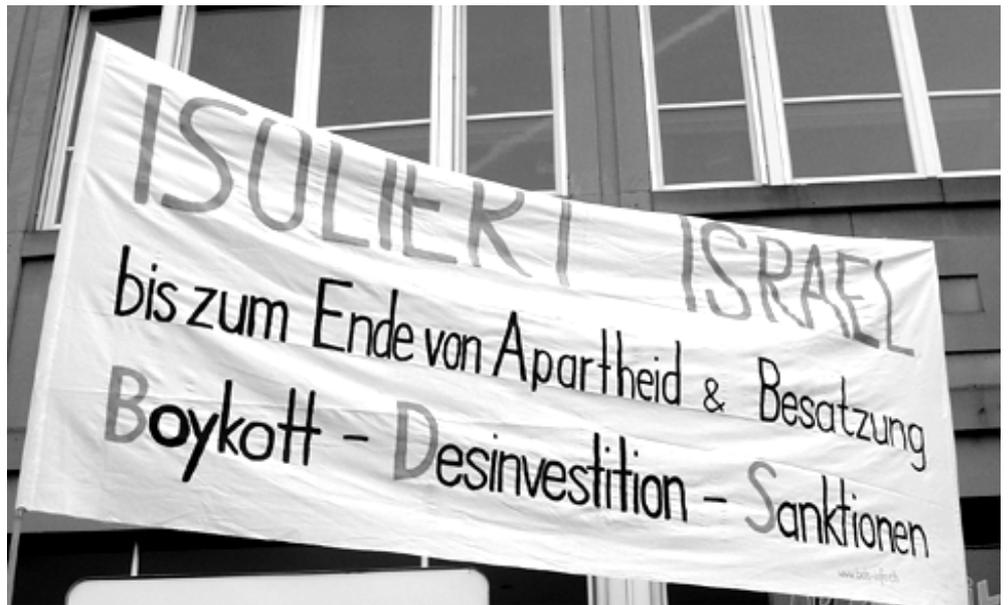
### **Fördert BDS den Antisemitismus?**

Anstatt das Rad neu zu erfinden, übernehme ich hier zwei Absätze aus einem früheren Artikel (siehe Ende), in dem ich ausführlich auf die wichtigsten Argumente eingehe:

Wie der französische Philosoph Etienne Balibar sagt, „sollte nicht zugelassen werden, dass Israel den Völkermord an den europäischen Juden/Jüdinnen instrumentalisiert, um sich über das Völkerrecht zu erheben“. Durch bewusstes Übergehen der israelischen Unterdrückung, wie dies die US-Regierung und die europäischen Regierungen meist tun, setzt der Westen in der Tat das Elend, das menschliche Leid und die Ungerechtigkeit fort, die auf den Holocaust folgten.

Der Antisemitismusvorwurf ist offenkundig fehl am Platz und wird zweifellos als Instrument der intellektuellen Einschüchterung benutzt. Es muss nicht noch einmal betont werden, dass der palästinensische Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen nicht gegen Juden/Jüdinnen und auch nicht gegen Israelis in ihrer Eigenschaft als Juden/Jüdinnen gerichtet ist. Er richtet sich strikt gegen Israel als Kolonialmacht, die palästinensische Rechte und das Völkerrecht verletzt. Die wachsende Unterstützung eines wirksamen Drucks auf Israel unter fortschrittlichen europäischen und amerikanischen Juden/Jüdinnen ist ein Gegenargument, auf das nicht genug hingewiesen werden kann.

Wenn Aktionen und Positionen, die sich gegen die israelische Apartheid und das israelische Kolonialregime richten, als antisemitisch bezeichnet werden, zeugt dies selbst von Antisemitismus, wie von ver-



schiedener Seite bereits dargelegt wurde. Denn damit werden alle Juden/Jüdinnen per se irgendwie verantwortlich für die israelischen Verbrechen gemacht – eine offenkundig rassistische Annahme, die einem Denken zuzuordnen ist, das eine „Kollektivschuld“ behauptet, was in Nürnberg zu einem Verbrechen deklariert wurde und den Antisemitismus direkt nährt.

BDS ist ein ziviles Instrument des Widerstands gegen Israel, unabhängig von der Religion, der die meisten Israelis angehören. Welchem Glauben eure Unterdrücker angehören, ob sie jüdisch, christlich, muslimisch oder hinduistisch sind, tun kaum etwas zur Sache. Was allein zählt, ist, dass ihre Unterdrückung unrecht und moralisch verwerflich ist.

Alle Projekte, die die unter Besatzung lebenden PalästinenserInnen in ihrem Durchhaltewillen unterstützen, ob im Bereich von Gesundheit, Bildung, im Sozialen oder auch in der Politik, sind von größter Bedeutung und werden immer gebraucht. Viele PalästinenserInnen, besonders die exponiertesten, können die Härte der Besatzung ohne diese Hilfe nicht durchstehen. Wir schätzen die Unterstützung durch solche Projekte enorm – zumindest durch all jene, die nicht korrupt oder korrumpierend sind, was leider oft der Fall ist.

Dies bedeutet aber nicht, dass wir auch nur einen einzigen Augenblick daran geglaubt haben, dass solche Projekte allein und die symbolische Unterstützung für irgendwelche abstrakten Vorstellungen von „Frieden“ unser Engagement für Freiheit und Gerechtigkeit ersetzen können. Frieden wird es nur geben, wenn Besatzung und Apartheid überwunden werden. Wie uns die Erfahrung lehrt, ist der zuverlässigste und moralisch gerechtfertigte Weg dazu, Israel so zu behandeln, wie das südafrikanische Apartheidregime behandelt wurde: durch Umsetzung der verschiedenen, je nach Situation unterschiedlichen und weiterzuentwickelnden BDS-Massnahmen. Es gibt kein besseres Mittel, um einen gerechten Frieden in Palästina und in der ganzen Region durchzusetzen.

*Omar Barghouti ist freischaffender Choreograf, Kulturkritiker und Gründungsmitglied der Palästinensischen Kampagne für den akademischen und kulturellen Boykott von Israel ([www.PACBI.org](http://www.PACBI.org)).*

> [www.counterpunch.org/barghouti10212008.html](http://www.counterpunch.org/barghouti10212008.html)

und *Israeli Apartheid: Time for the South African Treatment*

> [www.pacbi.org](http://www.pacbi.org) im Archiv von Januar 2006

## Problematische Stadtplanung

Kurz nach der Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens im Jahr 1967 hat Israel auch den Ostteil von Jerusalem annektiert. Durch Verlotterlassen der öffentlichen Infrastruktur (Abwasserentsorgung, Parks, Bäder, Schulen etc.) in den arabischen Stadtteilen, die Verweigerung von Baubewilligungen und den Bau der Apartheidmauer zielt die israelische Regierung darauf ab, die arabische Bevölkerung der Stadt zu verringern. Gleichzeitig wird mittels forcierten Siedlungsbaus versucht, den jüdischen Bevölkerungsanteil zu erhöhen. In den letzten 40 Jahren wurden in der Stadt und den Vororten rund 250 000 jüdische SiedlerInnen angesiedelt. Mit verschiedenen Infrastrukturmassnahmen (Strassen, öffentlicher Verkehr, Plätze, öffentliche Einrichtungen) versucht Israel nun, diese Kolonialisierung zu zementieren.

### Strassenbahnbau für die Kolonialisierung

Bis 2020 sollen in Jerusalem acht Strassenbahnlinien mit einer Gesamtlänge von 125 Kilometer gebaut werden, um die jüdischen Siedlungsgebiete im Ostteil der Stadt mit dem Westteil zu verbinden. Bau und Betrieb der Strassenbahnen werden für 30 Jahre an private Unternehmen vergeben, um internationales Kapital zu binden. Nach 30 Jahren gehen sie dann in den Besitz des israelischen Staates über. Linie 1 wurde an ein internationales Konsortium der französischen Konzerne Alstom und Veolia (früher Connex) vergeben. Die Strassenbahn befindet sich im Bau und soll 2010 eröffnet werden. Im Juni 2008 wurde dafür die „Bridge of Strings“, eine 140 Meter lange Kabelbrücke, eröffnet, die der spanische Stararchitekt Santiago Calatrava entworfen hat. Die Strassenbahnlinie wird an den Mauern der Altstadt vorbeiführen und die zentrale Busstation einbeziehen.

### Druck auf die Firmenpolitik von Veolia

Im letzten BDS-Bulletin haben wir über die Klage der PLO und einer französischen Solidaritätsorganisation gegen Veolia berichtet. Das Gericht hat die Herausgabe des Vertrages mit dem israelischen Staat samt französischer Übersetzung verlangt. Nach Zögern sind die Konzerne dem Verlangen nachgekommen. Ein Urteil steht noch aus. Solidaritätsgruppen haben zum Boykott und zum Rückzug von Kapital (Desinvestition) aus Veolia aufgerufen, solange der Konzern an diesem völkerrechtswidrigen Projekt festhält.

Die Palästina-Solidarität Region Basel hat bei der Sarasin-Bank interveniert, die Kapitalanlagen in den Konzern als nachhaltige Investitionen empfiehlt, und die Bank aufgefordert, von solchen Empfehlungen abzusehen, solange Veolia in Jerusalem von der Siedlungstätigkeit profitiert. Erfreulicher ist die Haltung der Alternativen Bank Schweiz (ABS). Sie versichert auf Anfrage einer Kundin, dass sie auf Investitionen in Veolia schon bisher verzichtet hat und angesichts der problematischen Situation auch zukünftig entsprechende Empfehlungen ablehnen wird. *Korrespondenz mit Banken > [www.bds-info.ch](http://www.bds-info.ch) unter aktuell*

### Kanton Basel-Stadt und Veolia

In einer schriftlichen Anfrage im Kantonsparlament kritisiert Heidi Mück (BastA!) die Vergabe städtischer Aufträge an Veolia und verlangt von der Basler Regierung Auskunft, ob weitere Aufträge an den Konzern

geplant sind. Der Kanton hatte eine Gratissammlung von Sperrgut mit Veolia organisiert. Die Palästina-Solidarität protestiert zudem beim zuständigen kantonalen Departement gegen das Aufstellen von Veolia-Mulden an der Basler Herbstmesse.

*Anfrage > [www.grosserrat.bs.ch/suche/geschaefte/details/?idurl=08.5266](http://www.grosserrat.bs.ch/suche/geschaefte/details/?idurl=08.5266)*



## Keine Aufnahme Israels in die OECD

22 Menschenrechtsorganisationen haben sich im September 08 in einem an die Generalsekretärin der OECD gerichteten offenen Brief gegen eine Aufnahme Israels in diese Organisation ausgesprochen. Im Frühling 07 hatten die OECD-Mitglieder (darunter auch die Schweiz) beschlossen, eine Aufnahme von Israel u.a. zu prüfen. Im Brief beziehen sich die Organisationen auf die vom OECD-Rat formulierten Aufnahmekriterien für Neumitglieder. Diese müssen sich an die „grundlegenden Werte“ der OECD wie die Einhaltung von Menschenrechten und eine pluralistische Demokratie halten. Im Brief wird darauf hingewiesen, wo Israel gegen diese Prinzipien verstösst (Diskriminierung der PalästinenserInnen in Israel, in den besetzten Gebieten und die Verweigerung der Rückkehr der Flüchtlinge). Die Schweiz hat als OECD-Mitglied ein Wort bei der Aufnahme von Israel mitzureden. Die Solidaritätsbewegung in der Schweiz muss deshalb die nächsten Monate nutzen, um die ausserpolitischen VertreterInnen davon zu überzeugen, sich für die konsequente Einhaltung der Menschenrechte als Voraussetzung für eine Aufnahme einzusetzen.

*Aufruf > [www.bds-info.ch](http://www.bds-info.ch) unter aktuell.*

### Impressum

Verein Boykott Apartheid - Made in Israel  
Postfach 4070, 4002 Basel  
Beilage zum Palästina-Info  
Konto PC 40-307393-0

Herbst 08

Mail: [kontakt@bds-info.ch](mailto:kontakt@bds-info.ch)

Post: Verein Boykott Apartheid, Postfach 4070, 4002 Basel

**Besucht unsere Website: [www.bds-info.ch](http://www.bds-info.ch)**